

möglichst in seinem Sinne Botschafter der DDR wurden. Doch gab es auch innerhalb der Kirchen Kräfte – die CFK ist angesprochen worden –, die in diesem Sinne ökumenische Arbeit machten. Durch diese Kräfte waren manche ökumenischen Kontakte durchaus ideologisch beeinflusst. In der Ökumene galten die DDR-Kirchen oft als Musterkirchen. Gleichzeitig muß man sehen, daß es für die DDR-Kirchen eine wesentliche Horizonterweiterung war, zum einen sich selbst als Teil der weltweiten Kirche zu verstehen, zum anderen aber auch an weltweiter Verantwortung teilnehmen zu können. Dies ist bei denen, die dann im ökumenischen Geschäft waren, sehr unterschiedlich gewesen. Man könnte hier Namen nennen, eben den von dem schon genannten Otto Dibelius, der einer der Präsidenten des Ökumenischen Rates war, oder aber Johannes Hempel, der das gleiche Jahrzehnte später war. Es gab vielerlei sehr unterschiedliche ökumenische Akteure. Ich möchte an dieser Stelle besonders auch einen nennen, der nicht mehr lebt, der in ähnlicher Richtung wie Heino Falcke versuchte, ökumenische Fragestellungen von Menschenrechten und weltweiter Verantwortung für die eigene Situation fruchtbar zu machen: Das war Christoph Hinz. Er hatte zwar nicht große Positionen innerhalb der Kirche, war aber für viele durch seine wegweisenden Beiträge wichtig.

Ich will jetzt aber keinen eigenen Vortrag zu dieser Frage halten, sondern zwei Rednern das Wort geben. Der erste ist Dr. Planer-Friedrich. Er war lange Zeit Leiter der Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in Berlin in der Auguststraße und später in Genf für die DDR-Kirchen im Genfer Stab tätig. Er ist also ein Mann, der durchaus mit sehr viel Insider-Kennntnis über diese Arbeit berichten kann und damit auch Zeitzeuge ist. Unmittelbar anschließend, und zwar entgegen dem ausgedruckten Programm, wird Heike Schmall zu uns reden. Sie ist Redakteurin der FAZ, hat sich lange mit diesen Fragen beschäftigt, auch anhand neuerer vorliegender Akten, aber auch früherer persönlicher Kontakte. Ich möchte zuerst Herrn Dr. Planer-Friedrich das Wort geben.

Dr. Götz Planer-Friedrich: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Die evangelischen Landeskirchen in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands gehörten zusammen mit ihren Schwesterkirchen in der EKD zu den Gründungsmitgliedern des Ökumenischen Rates der Kirchen 1948 in Amsterdam. Dabei ist daran zu erinnern, daß die evangelischen Kirchen mit dem Stuttgarter Schuldbekenntnis sehr frühzeitig eine moralische Anwartschaft auf die Rückkehr in die ökumenische Gemeinschaft der Christen erworben hatten. Das klingt aus politischer Perspektive vielleicht etwas bigott und war selbst unter Theologen und Kirchenleitern, wie wir hörten, nie ganz unangefochten. Doch historisch hat sich bestätigt, daß dieses etwas gequälte Bekenntnis eigener Schuldanteile am Bestand des Nazi-Regimes den Einstieg und den Aufstieg der EKD-Gliedkirchen in der Ökumene ermöglicht hat.

Die sowjetische Militäradministratur, die sicher nicht vom Geist christlichen

Versöhnertums angekränkt war, rechnete es den ostdeutschen evangelischen Kirchen nicht an, daß sie zum Teil sehr stark mit den Deutschen Christen identifiziert waren, zum Beispiel Thüringen und Mecklenburg. Im Gegenteil, sie setzten auf die zahlenmäßig geringe Fraktion der Bekennenden Kirche und vertrauten ihren Vertretern und Vertreterinnen die Selbstreinigung der evangelischen Kirchen an. So blieben die ostdeutschen Kirchen, anders als ihre osteuropäischen Schwesterkirchen, von Enteignung und Bestrafung fast vollständig verschont und konnten gerade unter dem Schutz der Roten Armee die kirchliche Organisation und die ökumenischen Verbindungen nahezu ungehindert wieder aufbauen. Schon bei der Gründung des Lutherischen Weltbundes 1947 in Lund waren die ostdeutschen Lutheraner gut vertreten. Damals rechnete jedoch, wenigstens in den deutschen evangelischen Kirchen, noch niemand mit der bevorstehenden lang anhaltenden Spaltung Deutschlands und deren Auswirkungen auf den deutschen Protestantismus.

Bis in die sechziger Jahre haben die kirchlichen Zusammenschlüsse in Deutschland, die EKD, die VELKD bzw. das Reformierte Moderamen, die ökumenische Arbeit der Gliedkirchen koordiniert, programmiert und ausgewertet. Das änderte sich, als die DDR nach dem Bau der Mauer immer entschiedener die Zweistaatlichkeit Deutschlands vertrat und auch international die Hallstein-Doktrin allmählich ausgehöhlt wurde. Mit der neuen DDR-Verfassung von 1968 wurde ein gesamtdeutsches Auftreten in der Ökumene unmöglich. Der 1969 gegründete Kirchenbund richtete eine eigene Ökumenestelle ein, die fortan die ökumenische Arbeit des Kirchenbundes verwaltete. Es ist jedoch bezeichnend, daß die Struktur des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen und auch der ihm später angeschlossenen Studienabteilung sehr stark dem Organisationsprinzip des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf entsprach. Das war natürlich kein Zufall, und somit war die Kommunikation mit dem Genfer Stab wesentlich erleichtert.

Der Ökumenische Rat der Kirchen selbst, der in seiner ersten Phase deutlich vom westeuropäisch-nordamerikanischen Gesellschaftsverständnis geprägt war, hat nach dem Urteil vieler Beobachter seit der Aufnahme der Russischen Orthodoxen Kirche 1962 in Neu-Delhi in seiner gesellschaftspolitischen Orientierung einen Wandel durchgemacht. Seine kirchliche Kommission für internationale Angelegenheiten (CCIA), bereits 1946 in Cambridge gegründet, sah sich freilich von Anfang an kaum in der Lage, sich ausführlicher europäischen Problemen zuzuwenden. Das hat ihr erster langjähriger Leiter, Frederick Nolde, 1974 beschrieben.

So ist es auch nicht verwunderlich, daß nach dem Urteil von Reinhard Henkys 1982 „Fragen der deutschen Einheit als ein zuweilen lästiges innerdeutsches Problem“ angesehen wurden. Indem nun die deutschen evangelischen Kirchen in zwei staatlich unterschiedlich definierten Vertretungen auftraten, erledigte sich das Problem aus der Sicht des Ökumenischen Rates von selbst. Bei der